

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postkontokonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftsteller: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16  
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse  
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeliefert

### Angriff von zwei Seiten

„Kapitalmangel“ und „Kapitalbildung“ ist seit geraumer Zeit ein Modeschlagwort der Unternehmer, womit sie die ganze ihnen zu Gebote stehende Presse anfüllen und der Öffentlichkeit unausgesetzt die Ohren vollschreien. Beständig liest man da, wie gefährlich der Kapitalmangel sei, wie er den Zinsfuß in die Höhe treibe, wie er die Unternehmungen zum Stillstand bringe, dadurch Arbeitslosigkeit verursache oder aber die Unternehmer zur „Überfremdung“ dränge, das heißt zur Verschuldung ans Ausland, wodurch der Zins noch teurer werde und außerdem die Gefahr drohe, daß der ausländische Einfluß eines schönen Tages die deutschen Betriebe stilllege, um die Arbeiter im eigenen Lande zu beschäftigen und dergleichen mehr.

Jeder einzelne dieser Scheinbeweise ist in der Arbeiterpresse schon in seiner Hohlheit nachgewiesen worden. Natürlich ist der Zins teuer, wenn es an Kapital mangelt. Aber das ist auch das einzige Richtige an dem ganzen Gerede. Von Stilllegung aus diesem Grunde ist keine Rede, solange Auslandskapital zu billigerem Zins zur Verfügung steht. Es ist nämlich ganz unwarhaft, daß das Auslandskapital teurer sei; jeder Blick in das Verzeichnis der Auslandsanleihen zeigt das Gegenteil. Stillgelegt und Arbeitslosigkeit geschaffen wird aus Gründen der Rationalisierung, und was es damit auf sich hat, ist hier oft genug gezeigt worden: sie dient einzig und allein der Steigerung des Profits, der erhöhten Ausbeutung. Und wenn neuerdings so viel davon geredet wird, daß die ausländischen Aktienbesitzer sozusagen aus Nationalgefühl einmal die deutschen Betriebe stilllegen könnten, um erst ihre vaterländischen Arbeiter vor Arbeitslosigkeit zu schützen, so wird es schwer, an die Ehrlichkeit solchen Geschwäzes zu glauben. Die fremden Kapitalisten machen es genau so wie die deutschen, sie lassen da produzieren, wo sie es am billigsten haben, das heißt wo die Arbeitslöhne am niedrigsten sind. Haben die deutschen Unternehmer wirklich solche Angst vor der „Überfremdung“, so brauchen sie nur die deutschen Arbeitslöhne kräftig zu erhöhen, über den Stand der amerikanischen hinaus. Da sollten sie mal sehen, wie schnell sich das amerikanische Kapital aus Deutschland zurückziehen würde.

Aber damit kommen wir erst an den Kern der Sache. Was bezwecken die Unternehmer mit all dem rührseligen Gerede? Sie wollen die „Kapitalbildung“ fördern. — Nun, das ist ja gar nicht so schwer. Sollen sie nur tief in die eigene Tasche greifen. Da lese ich zum Beispiel, daß die drei großen Elektrizitätskongernte (Siemens & Halske, Siemens-Schuckert, AEG) ihre Überschüsse in den letzten drei Jahren verdoppelt haben, Siemens-Schuckert sogar verdreifacht, so daß sie jetzt bei jedem von ihnen zwei bis drei Dutzend Millionen im Jahr ausmachen; daß dies aber noch lange nicht alles ist, sondern daß Hunderte von Millionen versteckt werden. Oder ich lese in der Deutschen Technisierung, daß ein viel gebrauchter Apparat, dessen Herstellung 50 Mark kostet (davon 22,50 Mark Arbeitslohn) an den Verbraucher für 450 (vierhundertfünfzig) Mark verkauft wird. Das sind doch ganz schöne Gewinne, daraus läßt sich doch eine ganze Menge Kapital bilden“.

Aber nein, so ist es nicht gemeint. Sondern all das viele Getöse mit der Kapitalbildung soll dem Arbeiter und Angestellten immer wieder zu Gemüte führen, welches Verbrechen er begeht, indem er überhaupt nur einen Pfennig Lohn nimmt. Denn damit hindert er ja die Kapitalbildung. Ziemlich ungeschminkt sagten das die Unternehmer vor ein paar Jahren in der Broschüre „Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeberverbände“. Da heißt es auf S. 26/27:

„Ein Pfennig Stundenlohnserhöhung für alle deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten nimmt monatlich etwa 80 bis 40 Millionen Betriebskapital der deutschen Wirtschaft in Anspruch... Bis zur Bezahlung der fertigen Ware wird das für Vollerhöhung benötigte Kapital dem Betrieb entzogen und die... als wichtigste Lebensfrage für Deutschland zu bezeichnende Betriebskapitalbildung unterbunden.“

Das dürfte deutlich sein: „Herunter mit den Löhnen“, das ist der wahre Sinn des Geschreis nach Kapitalbildung. Indessen, doppelt genäht hält besser. Trotzdem und alledem hat man die Arbeiter und Angestellten noch nicht zu überzeugen vermocht, daß es ihre Pflicht sei, umsonst zu arbeiten. Und deshalb versucht man den Angriff auch von der anderen Seite her. Nicht nur als Produzent, auch als Verbraucher soll der Prolet alles hergeben für seine Heiligkeit den Profit.

Zu diesem Zweck hat man einen „Weltpartag“ eingerichtet, der alle Jahre am 31. Oktober abgehalten wird. An diesem Tage nimmt man sich den Proleten als Verbraucher vor — nur um die Kleinen Leute geht es, die großen verbitten sich solche Bevormundung. Möchte mal sehen, wie zum Beispiel Herr Siemens oder Herr Vorfig den angucken würde, der ihm raten wollte zu sparen! Auf die Kleinen ist abgesehen, die Proleten und den ganz kleinen Mittelstand. Auf den geht jedes Jahr am 31. Oktober ein wahres Trommelfeuer hernieder von Reden, Zeitungsartikeln und Maueranschlägen. Die ihn zum Sparen ermahnen und dabei dieselben abgedroschenen Redensarten wiederholen, die auch den niedrigen Lohn begründen sollen.

Da sich beides widerspricht, da die Massen gerade deswegen nicht sparen können, weil die Löhne so niedrig sind, so ist es nicht nötig, sich lange dabei aufzuhalten. Nur die Annahme muß zurückgewiesen werden. Gebt den Arbeitenden auskömmliche Löhne, dann werden sie ganz von selbst sparen und brauchen keine Bevormundung dazu. Aber das wollt ihr ja eben nicht tun. Sind aber die Löhne niedrig und man mutet den Arbeitern trotzdem zu, davon noch zu sparen, so bedeutet das nichts anderes als einen Angriff auf ihre Lebenshaltung auch von der anderen Seite her. Von dem viel zu wenig, das sie kriegen, sollen sie noch etwas abknabern, damit es „Kapital bildet“ und wieder den Unternehmern zur Verfügung steht.

Das einzige wirkliche Mittel zum Sparen wäre, wie gesagt, beträchtliche Lohnsenkung. Dann sind die Arbeiter schon Mann genug, um zu wissen, was sie mit ihrem Einkommen anfangen und brauchen ebenjowenig Bevormundung wie die Herren Siemens und Vorfig.

Wer die wirtschaftliche und politische Macht erringen und behaupten will, muß alle geistigen Kräfte in der Arbeiterklasse zur Entfaltung bringen. Besseres Wissen darf nicht Vorrecht der Besitzenden, sondern Gemeingut aller werden.

Neben diesen allgemeinen Gebieten werden in der Gemeindepolitik noch viele Einzelfragen erörtert werden. Nicht Kirchenturmpolitik, sondern weiterschauende kulturelle muß der Gedanke werden.

Die Bürgerlichen jammern jetzt noch stärker, daß die sozialen Lasten die Gemeinden ruinierten. Sie verwechseln die Ursache mit der Wirkung. Gleichzeitig fordern die Unternehmer, wenn sie in Not geraten, von den Gemeinden Kredit, Bürgerschaft oder gar Geldunterstützung, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Andererseits verlangen sie aber von den Städten, daß diese die in der Krise entlassenen Arbeitskräfte knapp unterstützen, um „den Arbeitswillen nicht zu erstickten“. Bei gutem Geschäftsgang verlangen viele Unternehmer, daß die Gemeinden die Eigenproduktion unterlassen sollten; fordern jedoch bei schlechterem Geschäftsgang, daß die Gemeinden ihnen Aufträge erteilen sollen.

Kreisengros sind deshalb die Aufgaben der Gemeindevertretung. Mit den Gemeindevahlen sind zuweilen auch die Wahlen zu den Kreistagen und Provinziallandtagen verbunden. Der Ausfall der Wahlen entscheidet nicht allein über die künftige Zusammensetzung der Gemeindevertretung, sondern bestimmt auch die Beamtenpolitik, die Wahl von Bürgermeistern, Stadträten, die Besetzung der Beamtenstellen usw. Von dem Kreistag sind amtliche Vorsteher als Behörden der Ortspolizeibehörde zu wählen. Der Kreistag wählt Ausschüsse, deren Zusammensetzung den Mehrheitsverhältnissen im Kreistag entspricht. Die Vertrauensmänner zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen werden dort gewählt. Als wichtiges Verwaltungsgremium des Kreises ist vom Kreistag der Kreisaußschuß zu wählen, dessen Zusammensetzung sich ebenfalls nach den Mehrheitsverhältnissen im Kreistag richtet. Gerade in ländlichen Bezirken ist diese Frage von größter Wichtigkeit. Die ganzen sozialpolitischen Fragen des Bezirkes vom Wohlfahrtsrat bis zum Wegebau werden dort bestimmt.

Gemeindepolitik stellt also sehr hohe Anforderungen an die Arbeitervertreter. Denn auch die Gemeindepolitik heute noch eingengt ist von Staatsgesetzen und wirtschaftlichen Verhältnissen, so kann der gute Wille sehr viel ausrichten. Deshalb darf kein Arbeiter den Gemeindevahlen fernbleiben. E. Gr.

### Schlichtungswesen und Sozialpolitik

Erörtert von der Gesellschaft für soziale Reform

Vorige Woche fand zu Mannheim die Hauptversammlung der Gesellschaft für soziale Reform statt. Die dort besuchte Versammlung setzte sich aus Vertretern der Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Krankenkassen usw. zusammen. Zwei stark umstrittene Fragen standen zur Beratung, nämlich das Schlichtungswesen und der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik.

Für das Schlichtungswesen waren zwei anerkannte Fachkundige, Professor Sinzheimer und Professor v. Bede- rath als Hauptredner gewonnen worden. In seinem rhetorisch wie sachlich ausgezeichneten Vortrag wies Professor Sinzheimer darauf hin, daß man das Schlichtungswesen oberflächlich beurteilt, wenn man nicht von Grundanschauungen ausgehe. Die Gehege der liberalen Wirtschaftsauffassung, erklärte Professor Sinzheimer, mit der die Gegner des Schlichtungswesens operieren, gehörten längst der Vergangenheit an; denn die heutige Wirtschaft sei weder reiner Kapitalismus noch reiner Sozialismus. Wurde sie früher von individualistischen Zweckbestimmungen geleitet, so ist heute die kollektivistische Beeinflussung die Regel geworden. Das freie Spiel der Kräfte ist längst nicht mehr vorhanden, weshalb der Staat das Recht haben muß, in die Auseinandersetzungen um die Festsetzung des Lohnes und der Arbeitszeit einzugreifen. Der eng- lische Bergarbeiterstreik hat 6 Milliarden Mark gekostet. Die rücksichtslose Austragung auf dem Rücken der deutschen Volkswirtschaft würde glatt deren Untergang herbeigeführt haben. Es kann also kein Zweifel darüber sein, daß der Bestand der Wirtschaft nicht von zufälligen Nachschüssen abhängig gemacht werden kann. Die Gewerkschaften versuchen, den Menschen gegen das kapitalistische Warengesetz zu verteidigen. Die Gegenseite verlangt Unterwerfung unter

### Geht zur Gemeindevwahl!

Am 17. November hat ein sehr großer Teil der deutschen Arbeiterklasse wiederum Gelegenheit, sich um die Geschichte ihrer Wohngemeinden zu kümmern. Leider ist die Anteilnahme vieler Arbeiter an der Gemeindepolitik nicht zu groß, so daß der Wahltag nicht immer zu einer Abrechnung mit ihren politischen Gegnern wird. Unter dem Dreiklassenwahlrecht war diese Gleichgültigkeit noch eher begreiflich, da damals ja der Selbstakt entschied, die Masse der Wähler dritter Klasse aber stets in der Minderheit bleiben mußte. Dies hat sich gründlich geändert. Unter dem freiesten Wahlrecht der Welt sollte jeder denkende Arbeiter lebhaften Anteil an den Gemeindevahlen nehmen und nicht erst die Wahlaufreise lange studieren oder überlegen, ob er sich gar an der Wahl beteiligen soll. Sind doch die Gemeinden die Zellen des Staates, die gesund und leistungsfähig erhalten werden müssen.

Groß sind die Aufgaben der Gemeindevertretungen in der nächsten Zeit. Bekanntlich wirken sich alle Gehege örtlich aus. Wir denken dabei in ganz besonderem Maße an die Volkswohlfahrtspflege, die sich in der Nachkriegszeit immer mehr zum Hauptgegenstand der Gemeindeverwaltung ausgewachsen hat. Während bis zum Jahre 1924 weite Kreise der öffentlichen Fürsorge zu Lasten des Reiches durchgeführt wurden, brachte die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom Februar 1924 in Verbindung mit der dritten Steuerreformverordnung einen grundlegenden Wandel. Sämtliche Fürsorgeaufgaben wurden geleglich der Selbstverwaltung übertragen und seit dieser Zeit gilt es, mit ganz besonderer Aufmerksamkeit den alljährlichen Finanzausgleich zu verfolgen, ohne den die Städte, ihrer steuerlichen Finanzhoheit beraubt, nicht in der Lage sind, die ihnen auf- erlegten Aufgaben zu erfüllen.

Auch heute ist wieder eine ganze Anzahl wichtiger Probleme der öffentlichen Wohlfahrtspflege von höchster Bedeutung. Da ist zunächst in erster Linie auf die Arbeitslosenver- sicherung hinzuweisen. Jeder Gemeindepolitiker weiß, daß dort, wo die Arbeitslosenversicherung aufhört, zwangsläufig die kommunale Wohlfahrtspflege anfängt. Jede für die Arbeitslosen untragbare Einschränkung der Leistungen der Reichsversicherungsanstalt belastet unmittelbar die Wohlfahrtsämter.

Ein nicht minder wichtiges Kapitel der Gemeindepolitik stellt heute die Wohnungsfürsorge dar. Die Wohnungs- zwangswirtschaft ist in fast allen deutschen Städten ganz erheblich gelockert worden. Für die minderbemittelten und wirtschaftlich schwachen Schichten, insbesondere für die kinderreichen Familien bedeutet diese Lockerung eine Erleichterung für ihr Unterkommen in einwandfreien Wohnungen. Der Arbeitslose, der durch unverschuldeten Mietsrückstand seine Wohnung ver- loren hat, der kinderreiche Vater, den kein privater Vermieter heute mehr aufnehmen will, der Heranwachsende, sie alle finden ohne Inanspruchnahme der Wohlfahrtspflege keine Wohnung mehr. Die auch von den Reichsstellen befürwortete Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft fordert also gebieterisch, daß die Mittel des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds in größerem Um- fange den Städten zuerkannt werden. Die Gelder des Wohnungs- fürsorgefonds sind seither nach dem Ermessen der Zentral- behörden verteilt worden. Man kann nur mit allem Nachdruck wünschen, daß der Minister für Volkswohlfahrt die Einziehung von Beiträgen für die Verteilung der Fondsgelder genehmigt und bei der Aufstellung der Verträge auch den Städten die er- forderliche Vertretung zugestelt.

Voraussetzung für einen guten Wohnungsbau ist stets eine gesunde Bodenpolitik, die leider von vielen Gemeinden bisher nicht betrieben wurde. Spatulanten hat man Grund und Boden überlassen, die jetzt die Notlage der Gemeinden doppelt aus- nutzen. Eine wesentliche Verteuerung der Wohnungsmieten ist die Folge, die stets von dem Arbeiter, dem Mieter bezahlt werden muß.

Vielseitig sind die Aufgaben der Gemeinden, also auch der zu wählenden Arbeitervertreter. Wer eine gesunde Jugend, die Zukunft einer Gemeinde sichern will, muß bekanntlich mit der Säuglingsfürsorge beginnen. Auch im kleinsten Dorf gibt es Wütter, die für die Ernährung ihres Säuglings Zu- schüsse für Milch usw. fordern müssen. Kindersterbe, Schul- speisung sind notwendig. Die Schulfürsorge steht noch sehr im argen. Gesunde Schulräume, ärztliche Untersuchung der Kinder, Waldholungsstätten müssen gefordert werden. Das größte Augenmerk müssen die Arbeiter auf das Schulfeld richten.

### Aus dem Inhalt

	Seite
Angriff von zwei Seiten — Geht zur Gemeindevwahl — Schlichtungswesen und Sozialpolitik	353
Vom „notleidenden“ Ruhrkapital — Die Sehnsucht der Tech- nischen Nothilfe	354
Spritzguss — Die elektrochemische Metallfärbung — Mittel zur Prüfung von Stahl — Neue Lokomotivtypen	355
Wozu lebt der Mensch? — Sein Urlaub — Grenzen — Auf- der schwäbischen Eisenbahn	356
Dem toten Dichter Arno Holz — Tod im Eisen — Die Wahl der Volksbeauftragten — Kulturschande	357
Die neueste kommunistische Mache — Nicht Arbeitsvermitt- lung hintenherum — Die Eiserner Internationale und das Kartell der Metallarbeiterverbände Nordamerikas	358
Frankreichs Not aus Arbeitermangel — Amerikanische Löhne in Europa — Sowjetrußland, Aile Befehlswelt dem Direktor!	359

# Vom „notleidenden“ Ruhrkapital

dieses Gesetz. In diesen zwei Punkten ist sich das Schlichtungsamt einig mit dem Ziele, Kollektivvereinbarungen herbeizuführen. Das Kernproblem des Schlichtungsamtes, so hob der Redner hervor, ist die Berechtigung des staatlichen Eingriffs, der in der Regel mit der Waffe der Verbindlichkeit von Schlichtungsprüfungen ausgeübt wird. Um diese Frage löst der Streit. Waren die Unternehmer früher gegen jeden Tarifvertrag eingestellt, so setzen sie sich heute für den freien Tarifvertrag ein gegen den Zwangscharakter des Schlichtungsamtes. Die Methoden haben also gewechselt, die Grundeinstellung ist dieselbe geblieben. Es steht noch nicht fest, ob die Unternehmerseite auch an dem Tarifvertrag festhalten wird, wenn die Möglichkeit der Verbindlichmachung wegfällt. Einzelne verlangen die Wiederherstellung des alleinigen Entscheidungsrechts des Vorherrschenden, weil nur so die Schlichtungsgefahrengewalt vollständig sei. Es sei Pflicht eines sozialen Staates, sich darum zu kümmern, ob die Höhe des Lohnes den Lebensnotwendigkeiten entspricht. Deshalb müsse der Zwangscharakter bestehen bleiben.

Diese und ähnliche Gedanken arbeitete Einzelne in seiner Rede treffend heraus. Er wurde in der Aussprache unterstützt vom Kollegen Koppel vom DGB, Schweizer vom DGB und anderen.

Der zweite Vortrag des Herrn v. Wederath brachte die vorsichtigen Formulierungen des Standpunktes der Unternehmer. Er wie die übrigen Redner der Unternehmerseite stehen auf dem Standpunkt, daß der staatliche Eingriff möglichst vermieden werden und die Verbindlichmachung überhaupt wegfallen müsse. Die Lage der Arbeiterschaft könne nur innerhalb der Grenzen der Wirtschaft und Markteffektivität gehoben werden. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes Nordwest, Dr. Grauert, hielt die am meisten durchschlagende Verteilungsrede für den freien Abschluß von Tarifverträgen. Er meinte, die Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Unternehmen und der Arbeiterschaft würde durch das Schlichtungsamt verhindert.

Man hatte nicht die Überzeugung, daß durch die Auseinandersetzungen eine Annäherung der Gegenätze erreicht sei. Einzelne glaubte in seinem Schlußwort feststellen zu können, daß die Aufhebung der staatlichen Schlichtung von niemand verlangt worden sei. Diese Auffassung konnte man als sachlich prüfender Zuhörer nicht unterstützen. Über die Stellung des Marktes im kollektiven Arbeitsleben hat die Aussprache keine Klärung gebracht. Wie überhaupt nach wie vor alles problematisch ist.

Beachtenswerte oder merkwürdige Ansichten traten bei der Erörterung des wirtschaftlichen Wertes der Sozialpolitik zutage. Den einleitenden Vortrag hierzu hielt der Professor Brieß. Er wie die anderen Wissenschaftler neigten sich der Ansicht des Unternehmertums zu. Sie bejahten die Frage, ob die Wirtschaft durch die Sozialpolitik überlastet sei. Das Einseitige-Andersseits des Vortragenden Brieß veranlaßte den Herrn Einzelne zu der Frage: „Wir möchten wissen, was Sie wollen?“ Hierauf wußte der gelehrte Professor Brieß nichts Klares zu antworten.

Die flüssige Schwärze des Vortrags wurde in der Aussprache zu mildern versucht. Die Gewerkschaftsvertreter Larnow und Spitzel gingen dem Problem des wirtschaftlichen Wertes der Sozialpolitik, der Möglichkeit der Preisgestaltung und der Erhöhung des Reallohnes auf den Grund. Larnow insbesondere setzte sich mit den Rationalisierungserfolgen, der Kapitalbildung, der Selbstfinanzierung usw. auseinander, wobei er zum Ausdruck brachte, daß es viel wichtiger sei, das bereits angelegte Kapital voll zu beschäftigen. Dazu können die sozialpolitischen Maßnahmen sehr viel beitragen. Spitzel wies die Behauptung zurück, daß die Gewerkschaftsführer mit nur geringem Verantwortungsbewußtsein sich in den Sozialkämpfen betätigten. Teilweise würde viel zu schwarz gemalt und die tiefsten Fortschritte übersehen, die der Wiederaufbau der Wirtschaft in den letzten sechs Jahren erfahren habe. Wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland gleich der in England zur Dauer-einrichtung werde, so sei eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr zu umgehen. Spitzel erklärte: „Es laßt sich vor unseren Augen das Problem der 5-Tagewoche auf. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Befreiung jeder Überarbeit wird sich zur Notwendigkeit herausmachen. Die Gewerkschaftsführer sind keine Zauberkünstler, sie streuen aus keinem Sand in die Waagschale, sondern sie leben mit der Maschine, sind verantwortungsvolle Steuerleute, Maschinenisten und Arbeiter der Wirtschaft.“

Professor v. Schulze-Gebarg vertrat den Abbau der internationalen Zollmauern. Es müsse ein Bündnis der großen Ausfuhrindustrien und der organisierten Arbeiterschaft angestrebt und dadurch dem Abbau der Zollmauern der Weg gebahnt werden. Preisabbau, Steigerung der Reallohn und Markterweiterung sollten das Endziel dieses Bündnisses sein.

Der Songreiß hat die scharfen Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital nicht verwißt. Zwar gehörten die dort anwesenden Vertreter des Unternehmertums nicht zu den schärfsten Schwarzmalern. Aber auch die Gemäßigten kommen über eine bestimmte Linie nicht hinaus. Solche Erörterungen führen zu reinen akademischen Erörterungen herab, wenn im Hintergrunde nicht reale Mächte stehen, die zur Befriedigung berechtigter Forderungen in die Waagschale geworfen werden können. Angesichts dessen können wir nur den Schluß ziehen, daß letztere nicht das Unerreichbare in Form von Rede und Gegerede das Wichtigste ist, sondern die Stärkung dieser Machtverhältnisse, die wir in den Gewerkschaften besitzen.

## Die Schmach der Technischen Nothilfe

Auf dem Gewerkschaftskongress in Garmisch erklärte der Reichsstaatsminister Karl Esserling, daß die Technische Nothilfe abgebaut werde. Dazu ist es jedoch nicht gekommen, sondern gelang es, die Reichsmittel für die Staatliche Nothilfe des Unternehmertums etwas zu kürzen. Bei der diesjährigen Beratung des Reichstages ist nun eine weitere Kürzung eingeleitet. Das Reichsmittelbudget ist in den letzten Jahren für die TN gewachsen: 1925 2 Milliarden, 1926 2,5 Milliarden, 1927 2,5 Milliarden, 1928 2,5 Milliarden und 1929 1 Billion. Doch über diese Entwicklung bei den Mitteln der TN sagt nicht ein Wort Esserling, wenn man sich lediglich über die Einseitigkeit dieser Statistik unterrichtet ein Auszug der Arbeiter-Zeitung (Nr. 21). Es heißt darin (die Unterstrichungen wurden dem Text hinzugefügt):

Die Kürzungen in den letzten Jahren haben jede nötige und zeitige Entlastung der Zinsen verhindert. Ein Blick auf den anderen ist ein trübendes Bild auf die Technische Nothilfe durch die Kürzung der Zinsen auf die interessierten Kreise auf eine höhere Basis zu stellen. Auch der Schwand der dem privaten Finanzierungssektor wurde nicht nur in dem Maße, sondern in Bayern wurde zur Gründung eines Vereins der Förderer der Technischen Nothilfe gegründet. Auch in anderen Ländern und Orten wurden sich Bestrebungen geltend, die in der Richtung einer ökonomischen Finanzierung der Zinsen liegen. Da bei einer solchen Entwicklung leicht eine Verschärfung

Ziel Staub hat überiges Jahr das sogenannte Schmalenbach-Gutachten aufgewirbelt. Aus Anlaß der Lohnforderungen der Bergleute brachte es der Professor in Gemeinschaft mit einigen anderen Sachverständigen fertig, die völlige Unrentabilität des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr nachzuweisen. Auf streng wissenschaftlichem Wege natürlich. Er rechnete aus, daß die Bergkapitalisten auf jede Tonne Steinkohle bare 1,25 M drauflegen u. und auch wenn man den Gewinn gegenübernehme, den sie an Rots und Bricketts machen, bliebe noch ein Verlust von 27 S an jeder Tonne. — Es gab zu denken, daß als einziges Mitglied des damaligen Untersuchungsausschusses Dr. Baade zu einem völlig entgegengesetzten Ergebnis gelangte, nämlich zu einem Gewinn u. b. r. s. u. von 58 S die Tonne, und daß der Unterschied der Berechnungen auf der verschiedenen Beurteilung der Abschreibungen beruhte. Dr. Baade meinte, ein Unternehmer dürfe von seinen Einnahmen nur so viel abschreiben, wie die im Gebrauch befindlichen Anlagen bei ihrer Neubeschaffung kosten würden, während Herr Schmalenbach und seine Freunde dafür den Preis anderer, modernerer, leistungsfähigerer Anlagen einsetzten. An den verschiedenen Ergebnissen sieht man, welcher großen Unterschied das ausmacht und wie sehr es in der Hand der Verwaltungen liegt, vermittels der Abschreibungen (und sie sind nicht das einzige Mittel) auf die Bilanzen einzuwirken. Für die Kosten neuer, vielleicht noch gar nicht erfundener Verbesserungen gibt es selbstverständlich gar keine Grenze. Jeden beliebigen Betrag kann da eine Verwaltung vom Gewinn abschreiben mit der Begründung: man könne ja nicht wissen, wieviel die Neuanlage später einmal, wenn die vorhandene aufgebraucht sei, kosten werde.

Es gab weiter zu denken, daß ein so gemäßigtes, durchaus „staatsverhaltendes“ Blatt wie der Wirtschaftsdiener damals (im April 1928) sofort schrieb: „Eine Betrachtung der Bilanzen der führenden deutschen Steinkohlenunternehmen ergibt ein völlig anderes Bild als die Berechnungen der Schmalenbach-Kommission... Die Bilanzuntersuchung läßt im Durchschnitt das Vorhandensein einer durchaus befriedigenden Rentabilität erkennen.“

Inzwischen sind nun zum großen Teil die Bilanzen für 1928 erschienen, und es lohnt sich, sie daraufhin durchzusehen. Ist ja doch im vorigen Jahr trotz allem eine Lohnerböhung bewilligt worden. Und wenn die Berechnungen der Sachverständigen stimmten, dann müßte sich der Fehlbetrag von 27 S auf 1,05 M die Tonne erhöht haben; ja sogar der von Dr. Baade errechnete Gewinn von 58 S müßte in einen Verlust von 16 S umgekehrt sein.

Was sagen die Bilanzen? Man dürfte ohne weiteres erwarten, daß die Bergwerksverwaltungen ihr möglichstes tun würden, um Herrn Schmalenbach nicht Lügen zu strafen. Und so zeigen die Bilanzen denn größtenteils eine Abnahme der Reingewinne und der Dividenden. Hier ein paar Beispiele:

Unternehmen	Reingewinn			Dividende		
	1926	1927	1928	1926	1927	1928
Harpen	8281	6337	819	8 vS	6 vS	—
Hibernia	3030	2535	290	5	4	—
Eisener Steinkohle	4735	4736	4681	8	8	8 vS
Dahlbüh	1420	800	1024	7	5	6
Röbner	5343	7232	6458	5	7	6

Das Herz krampt sich in wildem Schmerz, wenn man sieht, wie die armen Bergherren und Aktionäre entbehren müssen; wie sie — wenigstens die meisten von ihnen — seit dem Vorjahr heruntergekommen sind.

Aber wie denn? Wenn sie auf jede Tonne pounds so viel zulegen, und seien es auch nur 16 S, wie können sie denn da überhaupt einen Überschuß erzielen? Überhaupt Dividende verteilen? Das kann doch mit dem alten, aber grundgescheiterten Adam Riese unmöglich übereinstimmen!

Also sehen wir uns mal die neuen Bilanzen, im Vergleich mit den alten, etwas näher an. Natürlich nicht alle, dazu würde unser Raum nicht reichen. Aber ein paar besonders markante. Da wäre zunächst Harpen mit seinem so schnell gesunkenen Gewinn. Stellen wir einmal gegenüber — natürlich nur soweit es sich aus der Bilanz ersehen läßt — diejenigen Posten, die einen Befuß des Unternehmens angeben, und die

jenigen, die seine Schulden verraten. Das wären auf der einen Seite die Grundstücke, Bergwerke, Anlagen, die Effekten (Wertpapiere), Beteiligungen, die vorhandenen Vorräte, der Kassenbestand, das Bankguthaben, die ausstehenden Forderungen; dann das Aktienkapital, die Reserven und die Abschreibungen. Auf der anderen Seite, als Schulden kommen in Betracht die Anleihen, Hypotheken usw. sowie die Gläubiger aller Art. Addiert man alle diese Posten, so ergibt sich folgendes:

	1926	1927	1928
Summe der Vermögenswerte	299,3	301,7	319,2
Schulden	30	24	42,2
Nach Abzug der Schulden bleibt übrig	269,3	277,7	277

Ist es nicht fast auffällig, daß der Abschluß für 1928, nach dem Schmalenbach-Gutachten, einen Stillstand der Vermögenszunahme aufweist, nachdem das Jahr zuvor immerhin einen Zuwachs von 8 1/2 Millionen Mark gebracht hat? Das sind, wohlverstanden, die Dinge, die sich aus der Bilanz ergeben lassen. Schon sie lassen die schnelle Abnahme des Gewinns und der Dividende sonderbar erscheinen. Es stehen aber, wie schon bemerkt, der Verwaltung noch genug weitere Mittel zur Verfügung, sich nicht in die Karten fuchen zu lassen. Wer will zum Beispiel nachprüfen, wie der Wert der vorhandenen Vorräte bemessen ist?

Nehmen wir nun als Gegenstück die Klöcker-Werke, die nicht bestreiten, gut dazustehen, aber ebenfalls von 1927 auf 1928 einen auffallenden Rückgang von Gewinn und Dividende haben eintreten lassen. Bei ihnen ergibt die Addition derselben Posten:

	1926	1927	1928
Summe der Vermögenswerte	332,9	347,7	377,1
Schulden	85,8	90,2	87,9
Nach Abzug der Schulden	247,1	257,5	289,2

Hier hat sich eine Vermögenszunahme von rund 32 Millionen oder 12 1/2 vS in einem einzigen Jahr nicht verheimlichen lassen. Und trotzdem weniger Reingewinn und weniger Dividende!

Es liegen auch sonst noch genügend Beweise vor, daß die Lage des Steinkohlenkapitals an der Ruhr zum mindesten ganz behaglich sein muß. Die Herren schreiben, daß die steigenden Löhne ihnen den Profit wegtriefen. Nun ja, gestiegen sind die Löhne. Es bekamen:

Jahr	d. e. W. pro Tonne	die Ungelernten	55 Pfennig die Stunde
1925	94	60	"
1926	104	65	"
1927	110	71	"
1928	122	77	"

Die Frage, wie weit diese Erhöhung der Geldlöhne für die Arbeiter eine Erhöhung des wirklichen Lohnes ausmacht, wollen wir heute beiseite lassen; wir haben sie des öfteren behandelt. Aber bedeutete sie für das Bergkapital eine Belastung?

Zur gleichen Zeit mit dieser Lohnerböhung ist die Zahl der Beschäftigten arg vermindert und die Produktion vermehrt worden. Nämlich so:

Jahr	Produktion in Millionen Tonnen	Beschäftigte
1926	127,2	432.700
1927	133,2	385.200
1928	145,2	407.600
1928	142,8	382.000
1929*	152,4	370.700

Rechnet man nun sorgfältig nach, wieviel Geldlohn das Ruhrkapital tatsächlich gezahlt hat, so kommen für die Tonne (Steinkohle und Koks zusammen gerechnet) heraus:

Jahr	1926	1928
6,12 M	5,91 M	
5,69	5,89	
5,93		

Demnach ist die Mannschaft in einem solchen Maße abgebaut und die Leistung der in Beschäftigung Gebliebenen in einem solchen Maße erhöht worden, daß trotz der Lohnerböhung das Ruhrkapital tatsächlich im mer geringere Lohnkosten hat. Und da will man uns erzählen, es leide an Fehlbeträgen. J b y l u s.

\* Für 1929 nach dem bisherigen Monatsbuchschnitt aus dem Jahr umgerechnet.

der Technischen Nothilfe-Bewegung und eine Verminderung des Einflusses der Regierung auf dieselbe eintreten und ferner möglicherweise die Neutralität gefährdet werden kann, so werden die Bestimmungen dahin gehen müssen, diesen Gefahren durch die Einsetzung einer ausreichenden finanziellen Basis von Seiten des Reiches zu begegnen... Schon heute sollen sich die Gemeinden, die zum Beispiel an dem Ausbau eines wirksamen Katastrophenhilfsdienstes besonders interessiert sind, die Frage ernstlich überlegen, in welcher Weise sie dabei mitzuwirken in der Lage sind. Es ist es, daß durch Vereinstellung von Mitteln die Fortführung von Übungen ermöglicht wird oder Beschaffungen von Geräten und Antriebsmaschinen vorgenommen werden. Nur so wird die Überwindung des Notstandes der Zens und der Wiederaufbau der Organisation möglich sein.

Die Zente um die TN hoffen nicht nur auf einen Wiederaufbau der Organisation, sie sind auch der Meinung, daß das Reich und die Gemeinden weiterhin große Zuschüsse leisten sollen. Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß mit dieser Gründung so schnell wie möglich Einfluß gemacht werden muß. Letzteres ist aber, daß die „interessierten Kreise“ bereit sind, durch Umlegung der Kosten den Bestand der Technischen Nothilfe für die Zukunft zu sichern. In Bayern hat man, wie aus obigem Brief hervorgeht, bereits einen Verein zur Förderung der Technischen Nothilfe ins Leben gerufen. Die Interessierten werden hier die Trübsal der Gegenwart sein. Vorläufig wird man mit der Wucht der Speerspitze werfen, indem man die Reichsregierung auf diese Entscheidung anzuwirken muß, um sie zur Vergabe weiterer laufender Mittel zu bewegen. Aus öffentlichen Mitteln darf eine solche Organisation nicht weiter unterhalten werden. Sind sie von privater Seite anzureichern, dann weiß jeder, warum es sich handelt, nämlich um eine reine Streikbrecherorganisation.

## Was der Handel an Markennamens verdient

Bei dem Markennamenshandel ist dem Kleinhandel ein großer Anteil zu. Die Preise werden wesentlich gesenkt werden können, wenn dem Kleinhandel eine geringere Verdienstmarge zugewiesen würde. Der Schweizerische Metallarbeiterzeitung zählt in ihrer Nr. 2 auf, wie sich die Preisbildung der Markennamensfirmen auswirkt: 50 vS des Kleinhandelspreises besteht der Kleinhandel bei Schokolade-Kugeln, Kaffee-Eis, Kaffe-Kuchlein, Schokolade-Kugeln, 60 bis 70 vS bei Dames Schokolade, Kaffe-Lavendel-Kuchen, Kaffee-Kugeln und Kaffee-Eis, 87,5 vS des Preis des Kleinhandels bei dem Verkauf von Apfelsaft, 100 vS und mehr betragen der Kleinhandel und Großhandel zusammen bei einer Reihe von Markennamensfirmen der F. G. Harbesandfabrik AG, unter anderem Perambon 92 vS, Perambon 112,5 vS. Etwas geringer sind die Gewinnspannen des Großhandels bei Markenwaren des

Massenverbrauchs, zum Beispiel Peril 49 vS, Ala-Schneerpulver 55 vS, Kathreiners Malzaffee 39 vS, Seelig Korallaffee 41 vS. Daß in Deutschland ein ähnlicher Mehrerwerb von dem Kleinhandel erreicht wird, ist bekannt. Die Arbeiterschaft hat ein Mittel in der Hand, dieser Ausbeutung zu entgehen, indem sie ihre Markenartikel beim Konsumverein einkauft.

## 70 vS Dividende für Vorzugsaktien

Die Roggländische Epikureweberei AG hat vor Jahren Vorzugsaktien ausgegeben, die mit siebenfachem Stimmrecht ausgestattet sind und das Recht haben, eine fünffache Dividende im Verhältnis der Stammaktien zu beziehen. Da die Dividende auf die Stammaktien im Vorjahre 9 vS und in diesem Jahre 14 vS betrug, so haben die Vorzugsaktionäre in zwei Jahren 15 vS mehr Dividende bezogen, als das aufgewandte Kapital beträgt. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß sich die Vorzugsaktien in Händen der Verwaltung befinden. Außerdem hat diese noch 19.600 M. Zinnscheine bezogen. Die Bezeichnung der Vorzugsaktien wird mit der Übertragungsfähigkeit verteidigt. Dabei weiß jedes Kind, daß viele Industriestützwerke in Deutschland sich gern überfordern lassen möchten, wenn es nur möglich wäre. Jedenfalls sind die Vorzugsaktien der Roggländischen Epikureweberei eine Quelle der Bereicherung und ein Beispiel dafür, was im Aktienwesen heute möglich ist.

## 18 wirtschaftliche Schwarzmalerei berechtigt?

So fragt die „Königliche Zeitung“ (am 18. Oktober) und antwortet so darauf:

„Betrachtet man die deutsche Wirtschaftslage im einzelnen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Pessimismus, wie er heute an der Tagesordnung ist und zum Teil „geschäftlich“ betrieben wird, nicht berechtigt ist.“

In ähnlichen Feststellungen kommt die Berliner Handels-Gesellschaft in ihren wirtschaftlichen Nachrichten: „Gegenüber diesen Feststellungen steht es in der Wirtschaft aber keineswegs an Symptomen, die in einem freundlicheren Sinne gedeutet werden können. Die Produktionsziffern der Schlüsselindustrien halten sich auf beachtlicher Höhe. Auf die erfreuliche Entwicklung des Außenhandels soll demnächst näher eingegangen werden.“

## Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der ersten Oktoberhälfte von 749.000 auf 784.000, das heißt um rund 35.000 oder 4,7 vS gestiegen. Die Zunahme beschränkt sich ausschließlich auf die Männer. Zu der Statistikunterstützung betrug die Zunahme der Unterstützungsempfänger 3000 und liegt auf 165.000. Die Arbeitslosigkeit setzt ihre Verschärfung fort.

## Frankreichs Not aus Arbeitermangel

F. K. Alle großen Industriestaaten sind seit Jahren von einer außergewöhnlich starken Arbeitslosigkeit heimgesucht, und es sieht zur Stunde nicht so aus, als ob das Übel bald beseitigt werden könnte. In auffallendem Gegensatz hierzu steht Frankreich. Es hat seit dem Kriege zu keiner Zeit eine nennenswerte Zahl von Beschäftigungslosen gehabt. Wie gering sie heute ist, läßt sich an einem Bericht ermessen, den die Daily News vor ein paar Tagen aus Paris brachte. Nach dieser Veröffentlichung weisen von 85 berichtenden Departements bloß 3 Arbeitslose auf und von den fast 40 000 Gemeinden Frankreichs haben sich im Verlaufe der Nachkriegszeit nur 16 veranlaßt gesehen, eine Erwerbslosenunterstützung einzurichten. In der Zeit, worauf sich der Bericht bezieht, wurden von den 40 Millionen Einwohnern nur 271 Männer und 91 Frauen als arbeitsbedürftig gebucht. Offenbar handelt es sich hier um ganz Erwerbsunfähige. Man kann freilich annehmen, daß die Zahl der Nichtbeschäftigten größer ist, aber daß es diese nicht für nötig halten, sich amtlich buchen zu lassen, weil sie ja, wenn sie wollen, leicht unterkommen können.

Eine dermaßen günstige Beschaffenheit des Arbeitsmarktes ist ohnegleichen in der kapitalistischen Welt. Und dies in einem Lande, das jahraus jahrein viele Tausende von Arbeitskräften aus dem Auslande herbeschafft. Daß die Einfuhr von fremden Arbeitern auch heute noch lebhaft ist, lehrt schon ein Blick in die Nachtschnellzüge, die Prag mit Paris verbinden. Ein, zwei, drei große Wagen sind immer mit Leuten gepreßt voll, die offenbar dem Proletariat angehören. Und ihre Mundart läßt erraten, daß sie aus Polen, der Tschechei oder aus irgendeinem der Nachbarstaaten kommen. Neuerdings wird auch in Deutschösterreich versucht, überschüssige Arbeiter in Frankreich unterzubringen. Nach einem mündlichen Bericht zu urteilen, scheint es diesen Auswanderern in Mariannes Gefilden nicht zu gefallen. Die ungewohnten Verhältnisse, die Schwierigkeit der Verständigung, der (für die Führung des doppelten Haushaltes) zu geringe Lohn und noch einiges andere läßt die deutschösterreichischen Arbeiter in dem Lande ihrer Wahl nicht warm werden. So fleuchen sie denn fast ebenso zahlreich, wie sie hereinkamen, wieder davon. Wenn es hoch kommt, bleibt nur ein Teil der Ledigen, die ja überall zuhause sind, wo sie ihre Schlafstelle haben.

Nach den amtlichen Berichten gibt es etwa 2 1/2 Millionen Ausländer in Frankreich. Davon sind (1927) 1 614 000 in der Industrie und Landwirtschaft tätig. Den stärksten Haufen der Fremden bilden die Italiener mit 479 000 oder 29,7 vH. Ihnen folgen die Belgier (15,6 vH), die Polen (14,4 vH), die Spanier (12,4 vH), die Schweizer (5,4 vH), die Russen (4 vH) usw. Der Anteil der Deutschen beträgt 34 000 oder 2,1 vH. Etwas weniger zahlreich sind die Armenier, Portugiesen, Griechen, Araber usw. Von den ausländischen Arbeitskräften sind unter anderem 20,2 vH im Baugewerbe, 16,4 vH in der Metallindustrie und 10,6 vH im Bergbau beschäftigt.

Die 265 000 ausländischen Arbeitskräfte der Metallindustrie Frankreichs setzen sich aus 30 Nationen zusammen, aus mehr als zwei Dutzend Haufen mit unterschiedlicher Lebensgewohnheit, Seelenbeschaffenheit und Sprache. Obendrein sind sie von gegensätzlicher politischer Anschauung. Denn unter der national vielgestaltigen Schar sind Gleichgültige, Sozialisten, Faschisten und Kommunisten. Es ist nicht selten, daß in einem einzigen Werke 20 Nationalitäten unter der Belegschaft sind. Ein Unternehmen, dessen Fabriken sich auf Paris und Umgebung

verteilen, mustert gar 23 Nationalitäten. Es gibt Werke, wie beispielsweise das von Alès in Tamaris, wo die Ausländer 55 vH des Personals ausmachen.

Unter solchen Umständen wird man verstehen, wie schwer es für unsere französische Bruderorganisation ist, Mitglieder zu werben. Einem großen Teil der Fremden läßt sich kaum die Notwendigkeit der Gewerkschaft beibringen, weil sie im Vergleich zu ihrem Heimatland immer noch gut entlohnt und besser behandelt werden. Die Unternehmer ihrerseits tun ihr Möglichstes, die verschiedenen Landsmannschaften, ihre Unterschiedlichkeit der Lebensart und ihre politische Gegensätzlichkeit auszunutzen. Zu alledem kommt noch die Tatsache, daß jeder Fremde, wenn er von dem einen Unternehmer gedrückt oder übervorteilt wird, leicht einen andern findet, weil es an Arbeitskräften mangelt.

Die Größe des Arbeitermangels ist soweit gediehen, daß zuweilen die Lücken in dem Personal der öffentlichen Dienste nicht ausgefüllt werden können, obwohl hier nicht ungewichtige Vorteile und eine Pension im Alter winken. Es war eine wochenlange öffentliche Propaganda nötig, um in Paris 300 junge Leute zu veranlassen, bei der Post Stellung anzunehmen. Die Arbeiterknappheit bestimmt eine Straßenbahngesellschaft in Paris zu der Ankündigung, daß sie wieder Frauen einstellen will. Um den argen Wohnungsmangel zu beheben, sind dem Minister Loucheur erhebliche Staatsmittel bewilligt worden. Die Ausführung des Bauprogramms wird, wenn man einem halbamtlichen Bericht glauben darf, durch den Mangel an Maurern und Zimmerleuten gefährdet. Die Bauhandwerker verlassen die Gegenden mit niedrigen Löhnen.

Der Arbeitsnachweis des Departements der Seine (Paris) erklärt, daß es ihm einfach unmöglich ist, die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zu befriedigen. In den Listen dieses Nachweises sind 20 000 offene Stellen mehr vorgemerkt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dies wird als ein Beweis „für die außergewöhnliche Prosperität“ Frankreichs angeführt.

Die Aussicht, allerwärts gleich Stellung zu bekommen, verstärkt den Drang, anstrengende oder gesundheitsgefährdende Berufe gegen bessere auszutauschen. „Eine lebhaftere Abwanderung“, lesen wir in einer Zeitung, „aus den Kohlenbezirken ist zu verzeichnen. Selbst französische Bergleute in mittlerem Alter, die ihr halbes Leben unter Tag geschafft haben, verlassen die Zechen, um ihrer Söhne Spur zu folgen, die in die großen Städte führt, wo leichtere und besser entlohnte Beschäftigung ihrer wartet und wo es Kinos und andere Unterhaltungsstätten gibt.“

Durch die Entblöbung von älteren geschulten Kräften soll es der französischen Kohlenindustrie schwer sein, die jetzt, vor dem Winter, erhöhte Nachfrage zu decken. In Paris suchen die Kohlenhändler, wenn die Berichte nicht übertreiben, den allerdinglichsten Bedarf dadurch zu decken, daß sie sich gegenseitig Brennstoff ausleihen. Andererseits ist die Einfuhr von englischer Kohle letzthin außerordentlich in die Höhe gegangen. Es wird sogar behauptet, daß die Kohlenknappheit die Eisenindustrie hindere, dem zurzeit sehr hohen Auftragsbestand gerecht zu werden.

Eine verrückte Welt, die kapitalistische! Eine nationale Wirtschaft leidet an zu wenig Aufträgen und zu viel Arbeitssuchenden, die gleich daneben liegende Wirtschaft aber leidet an zu viel Aufträgen und zu wenig Arbeitssuchenden. Es ist wahrhaftig höchste Zeit, dieser namenlosen Verrücktheit ein Ende zu bereiten.

## Amerikanische Löhne in Europa

### Befürchtungen des Unternehmertums

Vorige Woche wurde diese erfreuliche Sache hier schon an leitender Stelle behandelt. Dabei wurde mitgeteilt, daß sich Henry Ford an das Internationale Arbeitsamt gewendet habe mit der Bitte, eine Erhebung über den Reallohn in europäischen Großstädten zu veranstalten, damit er eine zuverlässige Unterlage für die Einführung der amerikanischen Reallohne in seinen europäischen Fabriken habe. Weiter wurde mitgeteilt, daß bei der Behandlung dieser Sache im Internationalen Arbeitsamt der Vertreter der französischen Industriellen allerhand Bedenken dagegen geäußert habe, daß einer seiner amerikanischen Standesgenossen seinen Arbeitern in Europa amerikanische Löhne gewähren wolle.

Man sollte meinen, daß es die europäischen Unternehmer laut begrüßen müßten, daß sich ein Industrieller bereit zeigt, die Löhne zu erhöhen, weil doch die europäischen Unternehmer Stein und Bein schwören, selbst es nicht zu können. Die europäischen Fabrikanten würden doch viel dadurch gewinnen, weil dann der Absatz steigt und die Geschäftskrise schwindet. Allein, unsere guten Unternehmer ergreifen ob der Ankündigung Fords ein schweres Unbehagen. Wodurch es in Wirklichkeit hervorgerufen wird, können wir, die wir unsere Kräfte einigermaßen kennen, uns leicht vorstellen. Ihr Wortführer beim Internationalen Arbeitsamt, der Franzose Lambert-Ribot aber suchte die wahre Ursache des Unbehagens mit einem Wortschwall zu vernebeln. Dabei gab er etliches von sich, was zu wissen sich lohnt.

Nachdem sich Lambert-Ribot im Tone des Bedauerns mit der Ausdehnung der Erhebung auf die Kaufkraft abgefunden hatte, unterstrich er die Wichtigkeit der genauen Feststellung der Kaufkraft in — Detroit. Nicht ohne Grund rechnet er wahrscheinlich damit, daß in dieser Beziehung die Untersuchung für Amerika nicht so günstig ausfalle, wie sich das die Herren Filene und Ford vorstellen. Er fuhr dann fort: „Der Vorbehalt, den ich machen wollte, betrifft jedoch ein anderes Gebiet: Man sagt uns, daß es sich bei der Untersuchung darum handelt, die Kaufkraft der Löhne der europäischen Arbeiter zu erhöhen. In der kleinen Kommission hatte ich Gelegenheit, mit Filene (der für die Durchführung der Erhebung 20 000 Dollar gespendet hat) über die hohen Löhne zu sprechen. Er hat dabei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die europäischen Unternehmer von dieser Frage nichts verstehen. Ich glaube jedoch, daß die europäischen Unternehmer das volle Recht zur Feststellung haben, daß sie die Theorie der hohen Löhne so gut verstehen wie die amerikanischen Unternehmer und daß sie sie jedesmal anwenden, wenn sie in der Lage sind. Die europäischen

Unternehmer können ihren amerikanischen Kollegen mit Recht sagen, daß, wenn die Amerikaner in der gleichen Lage wären wie die Europäer, sie ihre Sache wahrscheinlich nicht besser oder sogar weniger gut machen würden.“

Uns (die Unternehmer) beschäftigt jedoch noch ein anderer Gedanke. Wir sind bei dieser Angelegenheit keineswegs überzeugt, daß man ein offenes Spiel treibt. Wenn sich amerikanische Industrielle bei uns niederlassen und Kapitalien veranlagen, wenn sie Lust verspüren, dank ihres erfindnerischen Geistes und ihrer technischen Mittel bessere Fabriken zu errichten und damit für die Arbeiter eine bessere Arbeitsleistung und höhere Löhne zu erzielen, so habe ich dagegen keine Beschwerden. Das ist „fair play“. Wenn die Amerikaner, die zu uns kommen, dies fertig bringen, so sehe ich jedoch nicht ein, weshalb dies nicht auch den europäischen Unternehmern gelingen sollte. Was wir aber nicht wissen, und was uns nicht gesagt wurde, sind die Bedingungen des finanziellen Gleichgewichts, unter welchen sich diese Amerikaner einfinden und unter denen sie hier zu arbeiten gedenken. Ich habe in dieser Beziehung an Filene eine direkte Frage gerichtet. Er hat sich gehütet, zu antworten. So sehr wir auch eine ehrliche Konkurrenz annehmen können, so sehr müssen wir eine Art finanzielles Dumping, das vielleicht noch gefährlicher wäre, ablehnen. Ich bin überzeugt, daß der Völkerbund, der bestrebt ist, solche Dumpings zu verhindern, in erster Linie darüber alarmiert wäre.“

Mit einem Male sorgen sich die Unternehmer wegen einem Dumping ab! Richtig ist das Dumping bloß gegen die Arbeiter, so geht gewöhnlich den Völkerbund die Sache nichts an und kein kapitalistischer Hahn kräht nach dem guten Ruf des IAA. Anders jedoch, wenn die Unternehmer befürchten, daß es auch ihnen an den Kragen gehen könnte.

Lambert-Ribot fand noch folgende rührenden Worte: „Filene hat uns gesagt, daß das Ansehen des IAA durch diese Erhebung nur erhöht werden könne. Dies ist möglich. Andererseits ist jedoch nicht weniger wahr, daß, wenn die Ziele, die die Amerikaner mehr oder weniger auf einem Umwege erreichen wollen, jene sind, die ich erwähnte, und das IAA in den Verdacht kommen könnte, dazu die Hand zu reichen, sich dabei der Ruf des IAA sicher nicht verbessern würde. Wenn man annimmt, daß das IAA auf Grund der 20 000 Dollar vielleicht eine Arbeit leistet, die die Konkurrenz oder sogar die unehrliche Konkurrenz fördern könnte, so wäre dies höchst bedauerlich. Ich gebe zu, daß ich die Beweggründe von Ford gut begreife. Filene hat uns einfach gesagt: „Wenn Sie die Erhebung nicht vornehmen, so wird sich Ford

schon zu helfen wissen.“ Das haben wir uns auch gedacht. Wir haben uns sogar schon gefragt, weshalb sich Ford überhaupt an das IAA wendet. Denn es kann ihm doch keine Mühe kosten, die Erhebung selber durchzuführen und festzustellen, welches die Kaufkraft der Löhne in Marseille oder Düsseldorf ist. Es war ihm jedoch darum zu tun, authentische Zahlen zu erhalten. Da nun die Sache doch einmal beschlossen ist, sollen diese Zahlen auch wirklich errechnet werden. Es ist vielleicht besser, wenn diese Zahlen vom IAA kontrolliert werden und auch wir die Möglichkeit erhalten, sie zu prüfen. Es darf aber nicht sein, daß sich diese Kontrolle, diese Art Beglaubigung der Zahlen durch das IAA in einem bestimmten Augenblick gegen das IAA und sein Werk richtet. Wenn meine Einwände bewirken könnten, daß uns die amerikanischen Unternehmer ihres ehrlichen Spieles versichern und versprechen, ihre finanziellen Mittel nicht zu indirekten Subventionen zu verwenden, so wäre uns dies sehr angenehm.“

Es ist ein Unternehmer, der uns hier mit aller Deutlichkeit sagt: Man muß einem Unternehmer immer das schlechteste vertrauen!

### Die britischen Gewerkschaften und der Achtstundentag

The Industrial Review, die Monatsschrift des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), widmet in ihrer Oktobernummer dem Washingtoner Abkommen an erster Stelle einen kurzen Überblick, aus dem hervorgeht, wie groß der Anteil der britischen Gewerkschaften an den Anstrengungen zugunsten der Annahme des Abkommens ist und wie sehr sie besorgt sind, daß auf diesem Gebiete bald völlige Klarheit geschaffen wird. In dem besagten Überblick heißt es unter anderem: „Das bestimmte Versprechen des britischen Parlamentssekretärs des Arbeitsministeriums, daß die Regierung ein Gesetz für die Annahme des Washingtoner Abkommens in Vorbereitung hat, wird von der Gewerkschaftsbewegung des ganzen Landes mit großer Freude entgegengenommen. Schon im Jahre 1928 forderte der Gewerkschaftskongreß, daß bei den nächsten Wahlen die Annahme des Abkommens einer der wichtigsten Punkte des Wahlprogramms der Arbeiterpartei ausmachen soll. Auch in dem zur Unterstützung der Arbeiterpartei vom Gewerkschaftsrat herausgegebenen Manifest wurde diese Forderung unterstrichen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die eindeutige Haltung des Gewerkschaftsrats in bezug auf die diesbezüglichen Versäumnisse der Regierung Baldwin viel zur Verurteilung Baldwin durch die Wähler beigetragen hat. Wieder einmal ist mit Erfolg die Tatkraft der Gewerkschaftsbewegung im Kampfe für die eigene und die Sache ihrer Freunde bewiesen worden.“

In diesem Zusammenhang soll auch an die vom letzten Gewerkschaftskongreß angenommene Entschlieung in der Arbeitszeitfrage erinnert werden. Es ist daraus zu ersehen, daß die britischen Kameraden nicht nur bestrebt sind, die lückenlose Durchführung des Washingtoner Abkommens zu sichern, sondern darüber hinaus auch für die Einführung des Achtstundentages in jenen Erwerbszweigen zu kämpfen, die von dem ausschließlich für die Industrie geltenden Washingtoner Abkommen nicht berücksichtigt werden und wo — sogar in England! — viel gegen den Achtstundentag gesündigt wird: in der Landwirtschaft sowie in der Lebens- und Genußmittelindustrie (Ladengeschäfte, Büros usw.). Die Entschlieung lautet wie folgt: „Da zahlreiche Unternehmer ihre Arbeiter regelmäßig Überstunden machen lassen und ihnen damit große Mühsal bereiten, besonders den Frauen und Jugendlichen, ist der Kongreß der Ansicht, daß die Einführung von Gesetzen, die die Arbeitswoche auf 48 Stunden begrenzen, dringend nötig ist. Er fordert auch die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei auf, alles zu tun, daß das bereits dem Parlament unterbreitete Gesetz für die 48-Stundenwoche in der Lebens- und Genußmittelindustrie bald durchgeführt wird. Endlich veranlaßt der Kongreß seinen Gewerkschaftsrat, bei der Regierung zu bewirken, daß in dem auf Grundlage des Washingtoner Abkommens zu schaffenden Gesetz alle Berufe, die Landarbeiter inbegriffen, berücksichtigt werden.“

### Sowjetrußland

#### Alle Befehlsgewalt dem Direktor!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei veröffentlicht unter dem 4. September eine Verfügung an alle Parteiorganisationen und Parteimitglieder, der zweifellos große grundsätzliche Bedeutung zukommt. Es handelt sich um eine Neuordnung der Befehlsgewalt in den Industriewerken. Bisher krankte die Leitung der Industriewerke daran, daß der Direktor nicht frei und unter eigener Verantwortlichkeit verfügen konnte, denn eine ganze Reihe von Parteiorganisationen und gewerkschaftlichen Stellen war befugt, seine Verfügungen zu kontrollieren. Die Stellung der Direktoren war um so schwieriger, als die vorgesetzten industriellen Verwaltungstellen von ihm eine Steigerung der Produktion, Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen usw. verlangten und ihn für alle Mißstände im Werk verantwortlich machten. In Anbetracht der daraus sich ergebenden Schädigungen für die industrielle Erzeugung hat sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei nunmehr entschlossen, eine Vereinheitlichung der Befehlsgewalt herbeizuführen.

Im einzelnen bestimmt die Verordnung: 1. Alle Anordnungen des Direktors sind für das ganze ihm untergeordnete Verwaltungspersonal und für alle Arbeiter unbedingt verbindlich, ganz gleich, welche Stellung diese Personen in der Partei oder den Gewerkschaften innehaben. Die Direktoren sind befugt, alle Angestellten der Verwaltung und der technischen Leitung von sich aus einzustellen, wobei sie allerdings den Ansichten der Parteiorganisationen und gewerkschaftlichen Stellen Rechnung zu tragen haben. Letzteren wird auch das Recht befallen, gegen Ernennungen und Entlassungen bei den höheren Partei- und gewerkschaftlichen Stellen vorstellig zu werden, wodurch aber die Anordnungen des Direktors nicht in ihrer Durchführung aufgehoben werden dürfen. 2. Die gewerkschaftlichen Stellen haben sich nicht unmittelbar in die Leitung der Betriebe einzumischen und keinesfalls Versuche zu unternehmen, die Direktoren aus ihren Befugnissen zu „verdrängen“, sondern mit allen Mitteln die Durchführung der einheitlichen Befehlsgewalt zu unterstützen. 3. Die Parteizellen sind nicht befugt, in die Einzelheiten der Anordnungen der Direktoren einzugreifen, sondern haben die Durchführung der einheitlichen Befehlsgewalt zu fördern. 4. Nach Annahme des Finanzplanes des Werkes haben sowohl die Parteiorgane wie die Gewerkschaften auf jede Weise die Direktion bei der Durchführung dieses Planes zu unterstützen und die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß aus den Richtlinien der Partei und der Sowjetregierung die Notwendigkeit einer Festigung der Arbeitsdisziplin und einer Hebung der Arbeitsergiebigkeit hervorgeht. 5. Das Zentralkomitee hält es ferner für zweckmäßig, versuchsweise die Vorsitzenden der Betriebsberatungen zu Gehilfen der Direktoren zu ernennen mit der besonderen Aufgabe, die Durchführung der Beschlüsse dieser Beratungen und die Rationalisierungsvorschläge der Arbeiter zu prüfen und zu unterstützen. ...

Ohne die grundsätzliche Bedeutung dieser Verordnung schmälern zu wollen, muß man auf Grund der bisherigen Erfahrungen doch einstweilen dahingestellt sein lassen, mit welchem Erfolg diese Verordnung im praktischen Leben durchgeführt werden wird. Der Nachdruck, mit dem immer wieder die Notwendigkeit „einheitlicher Befehlsgewalt“ betont wird, läßt zwar erkennen, daß es der Parteilung sehr darauf ankommt, die Zügel der Arbeitsdisziplin straff anzuziehen. Wahrscheinlich wird die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft durch diese Neuierung eine weitere Verschärfung erfahren.

